

(Präsident Denzer)

(A) Ich rufe nunmehr die

Dringliche Anfrage

des Herrn Abg. Dr. Rohde von der Fraktion der F.D.P. auf:

THTR Hamm

Wie erklärt die Landesregierung die Äußerungen des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales ("ausgemachte Sauerei, die zur Stilllegung zwingt, bis der Vorfall aufgeklärt sei") und des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Professor Dr. Jochimsen ("unglaublicher Vorgang der Vertuschung") zu dem Störfall im THTR Hamm vom 4. Mai 1986, wenn die Betreibergesellschaft bereits am 8. Mai 1986 die zuständigen Aufsichtsbehörden des Landes über das nicht meldepflichtige Ereignis informiert hat?

in Verbindung damit:

Dringliche Anfrage

des Herrn Abg. Wendzinski von der Fraktion der SPD:

Ursachen des Störfalles im THTR in Hamm-Uentrop am 4. Mai 1986

Hat die Landesregierung bis heute Ursachen und Ablauf des Störfalles am 4. Mai 1986 im THTR in Hamm-Uentrop aufklären können?

(B)

Ich bitte den Herrn Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie um Beantwortung.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie:

(Das Mikrofon ist nicht eingeschaltet.
- Zurufe von der CDU: Ein Störfall!
- Abgeschaltet! - Heiterkeit)

Präsident Denzer: Es ist kein Störfall im Hause festzustellen, sondern lediglich die nichterfolgte Handhabung durch den Herrn Minister. - Jetzt haben Sie vollen Saft. Sie haben das Wort, Herr Minister.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Meine Damen und Herren! Am Vormittag des 30. Mai 1986 gingen im Wirtschaftsministerium Anfragen ein, die sich auf eine Störung im THTR am 3. und 4. Mai bezogen. Der fragliche Zeitraum war bereits einmal, und zwar am 7. Mai, Gegenstand einer amtlichen Überprüfung. Die seinerzeitige Erklärung des Ministers für

Wirtschaft, Mittelstand und Technologie ist in der Dokumentation enthalten, die ich dem Landtag am 12. Mai zugeleitet habe. Dort heißt es:

(C)

Von verschiedenen Medien wurde heute die Frage gestellt, ob eine Mitteilung zuträfe, wonach der THTR 300 in Hamm derzeit abgeschaltet sei und daß dort erhöhte Meßwerte der Radioaktivität aufgetreten seien. Eine sofort auf Weisung der Atomrechtlichen Aufsichtsbehörde vor Ort vorgenommene Überprüfung hat ergeben, daß der THTR ordnungsgemäß arbeitet. Vom Materialprüfungsamt Dortmund und von der Werksleitung des THTR 300 wurden Messungen der Bodenaktivität durchgeführt, die zu Ergebnissen zwischen 11 und 19 000 Bq/m² geführt haben. Gleich große Meßergebnisse liegen auch aus Dortmund und Düsseldorf vor. Ein Zusammenhang der Meßwerte mit dem Betrieb des THTR 300 in Hamm kann ausgeschlossen werden.

In einer Zuschrift des Betreibers an den Landtag vom 12. Mai 1986 heißt es ebenfalls - ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus dem Brief an alle Kollegen im Landtag zitieren -:

Gerüchte, durch ein Leck am THTR sei es zu der erhöhten Radioaktivität gekommen, entbehren jeder Grundlage. Eine sofort auf Weisung der Atomrechtlichen Aufsichtsbehörde, dem Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, vorgenommene amtliche Überprüfung hat ergeben, daß der THTR 300 ordnungsgemäß arbeitet. Ein Zusammenhang der Meßwerte mit dem Betrieb des Kernkraftwerks kann also völlig ausgeschlossen werden.

(D)

Am 30. Mai wurden von der Fachabteilung erneut alle vom Betreiber seit dem 8. Mai übermittelten Angaben überprüft. Einbezogen wurde auch ein Bericht, der das Datum des 22. Mai trägt, und der bei uns am 30. Mai vorlag.

Dies alles ergab ein so diffuses Bild über Ablauf und Umfang eines Störfalles am 4. Mai, daß mir von dem leitenden Beamten am Nachmittag des 30. Mai die Einsetzung einer Untersuchungskommission vorgeschlagen wurde; die Arbeiten wurden sofort aufgenommen.

Verstärkt wurden die Zweifel an einer korrekten Information und Sachaufklärung des Vorfalls durch öffentliche Erklärungen des Betreibers vom 30. Mai nachmittags. In dieser Situation waren deutliche Worte des Ministers zur Wertung und Charakterisierung des Vorfalles von der Sache her geboten.

(Minister Dr. Jochimsen)

(A) Der genaue Hergang und der Umfang der Aktivitätsfreisetzung am 4. Mai abends werden seither überprüft.

Seit gestern, dem 3. Juni, liegt ein weiterer Bericht des Betreibers, genauer gesagt: der Herstellerfirma, vor, in dem auch konkrete Umbauten an dem fraglichen Anlagenteil als Voraussetzung zur Vermeidung weiterer Störungen und Aktivitätsfreisetzungen gefordert werden.

Da in der Öffentlichkeit über einen Fachbeamten des Wirtschaftsministeriums berichtet wurde, stelle ich fest: Der Beamte ist am 24. Mai in Urlaub gefahren; dies ist und war korrekt. Der Beamte hat an der Aufklärung des Vorfalles mitgewirkt und am 20. Mai veranlaßt, daß der Technische Überwachungsverein den Vorfall überprüft. Auch dies ist korrekt. Der Beamte konnte am 30. Mai nachmittags vom Leiter der Untersuchungskommission in seinem Urlaubsort telefonisch erreicht werden und ist inzwischen zurückgekehrt. Dieser Umstand entbehrt jeder Dramatik. Der Beamte wurde zurückbeordert, um an der Sachverhaltsaufklärung mitzuwirken.

Ich möchte ein paar Ausführungen zum Stichwort "meldepflichtiges Ereignis" machen, das das Ministerium am 30. Mai bejaht hat, das der Betreiber aber bis heute noch nicht als solches anerkennt.

(B) Meine Damen und Herren, hier müssen Sie zwischen Abgaben eines Kernkraftwerks und Freisetzungen unterscheiden. Abgaben erfolgen auf vorgesehenen Wegen ins Freie. Freisetzungen werden, wie der Name schon sagt, auf nicht vorherbestimmten Wegen vorgenommen.

Wir müssen heute davon ausgehen, daß es sich um eine Freisetzung gehandelt hat. Die Darstellungen des Betreibers waren jedoch zunächst so, daß der zuständige Beamte den Eindruck gewinnen mußte, es handele sich um eine Abgabe. Eine Abgabe wäre nur dann meldepflichtig gewesen, wenn ein Grenzwert dabei überschritten worden wäre. Eine Freisetzung ist dagegen in jedem Falle meldepflichtig.

Es ist eindeutig Aufgabe des Betreibers, den Sachverhalt so aufzuklären, daß zweifelsfrei feststeht, ob es sich um eine Abgabe oder um eine Freisetzung handelt. Aus dem jetzt mit Bericht vom 3. Juni geschilderten Ablauf der Störung ist der Schluß zu ziehen - ich wiederhole das -, daß eine Freisetzung vorlag. So wie der Vorgang aber am 8. Mai telefonisch, am 15. Mai mündlich und am 20. Mai schriftlich dargestellt worden war,

mußte der Fachbeamte in der Tat davon ausgehen, daß es sich um eine Abgabe innerhalb des zulässigen Grenzwerts gehandelt hat. Der Beamte hat auch hier korrekt gehandelt.

(C) Meine Damen und Herren, der Sachverhalt zur Zeit stellt sich folgendermaßen dar. Ich zitiere jetzt die Begründung der atomrechtlichen Anordnung, die ich gestern abend erlassen mußte:

Am 4. Mai 1986 wurde gegen 21.30 Uhr aus der Anlage über den Abluftkamin innerhalb eines kurzen Zeitraumes eine größere Menge von radioaktiven Aerosolen emittiert. Die Auswertung des Aerosolfilters ergab, daß in der Woche vom 28. April bis 4. Mai zirka zwei Drittel der Aerosol-Aktivität emittiert wurde, die gemäß den Festlegungen des Genehmigungsbescheides innerhalb von 180 aufeinanderfolgenden Kalendertagen abgegeben werden darf. Die HKG hat am 3. Juni erklärt, daß die Ursache der Emission in einer Fehlsteuerung der Beschickungsanlage bestanden hat.

Nach Bekanntwerden der näheren Umstände dieses Vorkommnisses wurde von der Atomrechtlichen Aufsichtsbehörde eine besondere Untersuchung eingeleitet. Diese Untersuchung ist noch im Gange. Bei der Einsichtnahme des Schichtbuches, der Betriebsablauf- und Meßprotokolle sowie nach Anhörung des Betriebspersonals ergaben sich folgende Fragen, die vor der Fortführung des Versuchsleistungsbetriebes, auch um eine erneute unplanmäßige Emission von radioaktiven Aerosolen und damit eine weitere Gefährdung zu vermeiden, einer Klärung bedürfen: Höhe der tatsächlichen Freisetzung am 4. Mai, Aussagefähigkeit der Messungen über die täglichen Aerosol-Abgaben, Befolgung der Festlegung des Betriebshandbuches durch das Betriebspersonal, Ursachen der Emission, Sicherheit der Verriegelungen in der Beschickungsanlage gegen Fehlbedienungen mit dem Ziel, den Austritt radioaktiver Stoffe zu verhindern.

(D) Die Atomrechtliche Aufsichtsbehörde hält darüber hinaus die vorherige Auswertung der bereits veranlaßten Überprüfung der Aerosol-Sammelfilter und von Bodenproben durch staatliche Meßstellen für erforderlich.

Meine Damen und Herren, diese Untersuchung wird so rasch wie möglich, aber mit der gebotenen Sorgfalt durchgeführt werden. Ich erwarte, daß alsbald die Voraussetzungen dafür vorliegen, daß der THTR den Probebetrieb fortsetzen kann.

(Beifall bei der SPD)

(A) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Zu einer Zusatzfrage hat das Wort Herr Abg. Rohde von der Fraktion der F.D.P..

Ich bitte die Filmemacher unserer öffentlich-rechtlichen Medien, uns die Geschäfte hier, auch was die Verhandlungen anbelangt, so zu erleichtern, daß ich die Fragesteller und die Abgeordneten dabei zumindest sehen kann. - Werter Filmschaffender, treten Sie bitte zur Seite. - Danke schön.

Dr. Rohde (F.D.P.): Ich glaube, Herr Präsident, wir haben wieder einen Störfall!

Präsident Denzer: Nein, wir haben keinen Störfall!

Dr. Rohde (F.D.P.): Ich bin aber dankbar, daß ich Sie, Herr Präsident, inzwischen sehen kann.

Herr Minister, Sie haben soeben gesagt, Sie hätten die Anordnung treffen müssen. Stimmen Meldungen, daß Sie vom Kabinett gezwungen worden sind, diese Anordnung zu treffen, aber selbst mit einem ganz anderen Regierungsvorschlag ins Kabinett gegangen sind? - Die erste Zusatzfrage!

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort!

(B) Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Nein, sie treffen nicht zu.

Präsident Denzer: Zweite Zusatzfrage!

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Minister, halten Sie es, nachdem Sie der Bedienungsmannschaft ja öffentlich den Vorwurf gemacht haben - ich zitiere -

es sei nicht auszuschließen, daß das Bedienungspersonal des Thorium-Hochtemperatur-Reaktors in Hamm die radioaktive Wolke nach der Katastrophe von Tschernobyl genutzt habe, um die radioaktiv verseuchten Filter auszublasen

und dieser Vorwurf nach Ihrer jetzigen Darstellung nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, nicht für richtig, sich hier öffentlich für diesen ungeheuerlichen Vorwurf zu entschuldigen?

(Starker Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

(C) Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich habe diesen Vorwurf nicht erhoben, aber in einer unvoreingenommenen Prüfung, die der Auftrag der Untersuchungskommission ist, müssen alle Fragen hinein, die gegenwärtig öffentlich erhoben werden. Dieses ist ein Vorwurf, der von dritter Seite - und das kann man in den Medien lesen - erhoben worden ist. Deshalb kann ich nicht aus-- -

(Zurufe von der CDU)

Das verstehe ich jetzt überhaupt gar nicht.

(Dr. Hardt (CDU): Sie sollten lieber prüfen, als diese ...)

Präsident Denzer: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Kampmann von der Fraktion der CDU das Wort.

Kampmann (CDU): Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß die Antwort auf diese Anfrage lautete, ob die 50 000 Bq auf einen RiB in der Ummantelung zurückzuführen waren?

(Dr. Hardt (CDU): Hört, hört!)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Das ist mir bekannt, aber ich habe eine umfassende atomrechtliche Überprüfung am 7. Mai angeordnet, und ich hätte erwartet, daß der Betreiber selber mich umfassend informiert hätte.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Zu einer weiteren, letzten Zusatzfrage Herr Kollege Kampmann!

Kampmann (CDU): Herr Minister, da die THTR-Abgabe im Verhältnis 1:500 000 zu den radioaktiven Belastungen in der Tschernobyl-Wolke steht, frage ich Sie jetzt als den Fachmann - als solcher haben Sie sich ja in den letzten Tagen präsentiert -: Bei welcher Relation würden Sie sagen, der Begriff "aus-schließlich" - wie hier im Brief der Bergesellschaft vom 12. Mai erwähnt - sei hier zutreffend?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich habe mich, was die Freisetzungen angeht - und es handelt sich hier nicht um eine Abgabe -, an den

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) Genehmigungsbekanntmachung zu halten, der ja vom Kollegen Farthmann und mir im April 1985 erlassen worden ist und in dem die Höchstwerte festgelegt sind. Das ist die einzige Meßplatte. Vergleiche mit Radioaktivitäten aus Tschernobyl tauchen an dieser Stelle überhaupt nicht auf.

Präsident Denzer: Danke schön. Zu der Dringlichen Anfrage 79 sind die Zusatzfragen abgeschlossen.

(Widerspruch von der CDU)

- Bitte, doch keine Aufregung! Das können wir doch alles regeln. - Das Wort hat Herr Abg. von Unger von der Fraktion der CDU.

von Unger (CDU): Herr Minister, wenn Sie soeben gesagt haben, daß Sie mit der Pressemeldung über das möglicherweise willentliche Verschulden nichts zu tun haben, wie erklären Sie sich dann diese Pressemeldung und die Bezugnahme auf Ihre Person? - Herr Dr. Rohde hatte das ja eben hier angeführt. Wenn das nicht Ihre Pressemeldung ist, warum haben Sie nicht sofort schärfstens dementiert, um diese Ungeheuerlichkeit aus der Welt zu schaffen?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

- (B) Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Meine Damen und Herren, in einer durch den Reaktorunfall von Tschernobyl sensibilisierten Öffentlichkeit

(Zurufe von der CDU)

ist doch die Frage zu stellen, welchen informationspolitischen Stils sich der Betreiber befleißigt.

(Aigner (SPD): Eben! - Gegenrufe von der CDU)

Ich hatte Veranlassung - ich halte daran fest - dieses scharf zu kritisieren. In dieser Situation geht es sehr wohl darum, daß man - wenn aus der Umgebung von Hamm am 5., 6. und 7. Mai Fragen auftauchen und Zusammenhänge zum Betrieb des THTR im Zusammenhang mit Niederschlägen aus der radioaktiven Wolke hergestellt werden - diesen Dingen nachgehen muß. Ich habe das am 7. Mai getan. Ich habe damals guten Glaubens nach Rückfragen der Antworten mit dem Betreiber selbst gehandelt. Wenn er das in Abrede stellt, was er an anderer Stelle getan hat, kann ich nur außerordentlich bedauern,

wenn er hier seinen eigenen Betriebsablauf nicht kennt. Denken Sie nur an den Brief vom 12. Mai, Herr Kollege Rohde. Ich habe mit Interesse gesehen, daß die F.D.P.-Fraktion in Hamm einen Besuch gemacht hat, und ich habe auch die Pressekommentare vieler Journalisten gelesen, die Pressegespräche mit dem Betreiber gemacht haben und sich irgendwie nicht vollständig informiert gefühlt haben. Wenn ich vorhin gesagt habe, ich mußte die atomrechtliche Anordnung treffen, dann hat dieses "müssen" den Hintergrund, daß der Appell des Kabinetts, in dieser sensibilisierten Öffentlichkeit nicht auf der Inbetriebnahme jetzt wieder zu bestehen, bevor das Untersuchungsergebnis vorliegt, und der Betreiber diesen Appell nicht aufnehmen kann. Dann zeigt sich derselbe Zusammenhang, der mich umtreibt. Wenn wir nicht lernen, mit diesen Störfällen sorgsamer umzugehen

(Zurufe von der CDU)

- ich habe ja mit Interesse und Zustimmung erfahren, daß die Bundesregierung gerade umgebildet wird, um diesen Gesichtspunkt auch dort zur Geltung zu bringen -, dann kann ich sagen, dann ist wirklich die Frage gestellt, wie hier eigentlich vorgegangen werden soll und kann. Hier ist ein Vertrauen verlorengegangen, und diesen Vertrauensverlust

(Zurufe von der CDU)

kann man überhaupt nur durch eine offene Informationspolitik wettmachen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Wir haben eine Fülle von Zusatzfragen. - Herr Kollege, Sie stehen erst an der zehnten Stelle. - Das Wort hat nunmehr zu einer Zusatzfrage Frau Abg. Thoben von der Fraktion der CDU.

Frau Thoben (CDU): Herr Minister, Sie haben für Ihre Einlassung gegenüber der Öffentlichkeit am 7. und 12. Mai 1986 guten Glauben in Anspruch genommen. Ist Ihnen bekannt, daß die Bemessung, was auf Tschernobyl, und was ist möglicherweise auf den Reaktor zurückzuführen ist, für den Betreiber so schwierig war, daß die Bemessung dieser 0,1 Bq nur als rechnerisches Ergebnis noch nicht einmal als Meßergebnis zu ermitteln war? Bestreiten Sie der Retreibergesellschaft zu dem damaligen Zeitpunkt das, was Sie für sich in Anspruch nehmen, nämlich guten Glauben?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort!

(C)

(D)

(A) Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Den guten Glauben bestreite ich nicht. Das, was ich bestreite, ist, daß man informationspolitisch so sensibel vorgegangen ist, daß man diese Besorgnisse aufgenommen hat und nicht sich selbst in ein völlig schiefes Licht bringt.

(Zurufe von der CDU: Sehr sensibel!!)

Ich darf im übrigen sagen: Bei der Freisetzung, die am THTR stattgefunden hat, ist keine Dimension erkennbar, die bei Bodenwerten signifikante Ausmaße erreicht. Das konnte allein auch gar nicht das Thema sein, sondern es geht um die Information über das, was nun wirklich passiert ist. Da hat man sich auf die Frage zurückgezogen, ob ein Riß aufgetreten sei, ob es eine Leckage oder einen Betriebsstillstand gegeben habe, d. h., man hat beantwortet, Frau Kollegin Thoben, was gefragt worden ist, man ist aber nicht der Verpflichtung nachgekommen, ausführlich darüber zu informieren, was nun wirklich vorliegt. Ich will diese Meßvorgänge gar nicht bagatellisieren. Es steht auch heute noch nicht fest, ob die Grenzwerte tatsächlich eingehalten worden sind.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. - Das Wort zu einer Zusatzfrage hat Herr Abg. Tschöeltsch von der Fraktion der F.D.P.

(B) Dr. Tschöeltsch F.D.P.: Herr Minister, nach Pressemitteilungen ist der zuständige Referent durch Interpol in Italien gesucht worden. Ich erinnere mich, daß Interpol vor Jahren auch schon einmal in Spanien eingeschaltet wurde. Deshalb frage ich: Durch welche Dienststellen wurde Interpol eingeschaltet?

Präsident Denzer: Herr Minister, gestatten Sie erst einmal?

(Minister Dr. Jochimsen: Ja, natürlich!)

Herr Kollege, Sie wissen, daß ich in meiner Geschäftsführung sehr tolerant und liberal bin, aber irgendwo gibt es Grenzen. Sie können fragen, ob Interpol eingeschaltet wurde oder nicht. Das andere können Sie sich sparen.

(Minister Dr. Jochimsen: Ich möchte es gerne beantworten!)

- Bitte schön!

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Interpol ist nicht eingeschaltet worden. Alles, was hier unter der Überschrift "Meldungen" läuft, ist völlig

unzutreffend. Der Beamte ist durch normalen telefonischen Kontakt erreicht worden; und er ist mit seinem Privat-Pkw zurückgereist, wenn auch in der Presse steht, eine Bundeswehrflugzeug sei benutzt worden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das läuft unter der Überschrift "Pressemeldungen". Sitzen Sie doch nicht allem auf, was irgendwo in der Zeitung steht!

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Denzer: Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Schumacher von der Fraktion der CDU.

Schumacher (Kall) (CDU): Herr Minister, Sie haben soeben festgestellt, zumindest eine Äußerung des Betreibers lasse den Schluß zu, daß er seinen eigenen Betriebsablauf nicht kennt. Ich frage Sie deshalb, welche Darlegungen in der chronologischen Abfolge, die von der VEW der Öffentlichkeit übergeben worden sind, sind nach Ihrer Auffassung nicht richtig?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort!

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Dies würde jetzt wirklich den Rahmen einer Fragestunde überschreiten.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Ich bin gerne bereit - -

(Zuruf des Abg. Dr. Biedenkopf (CDU))

- Wenn Sie drei Seiten Dokumentation durchgehen wollen, Herr Kollege Biedenkopf!

Ich habe gesagt, es sei an entscheidenden Stellen verkürzt worden, und das ist wirklich - -

(Zurufe von der CDU: Dann nennen Sie diese Stellen!)

- Ich habe diese entscheidenden Stellen eben schon genannt bei dem, was die Frage "Freisetzung" und "Abgabe" angeht. Ich muß sagen, diese Informationspolitik ist mir unverständlich, und ich bedauere es außerordentlich, daß der Betreiber einen solchen Schritt getan hat.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. - Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Dr. Schaumann von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

(C)

(C)

(A) Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Minister, es gibt seit 1980 eine Rahmenempfehlung für die Fernüberwachung von Kernkraftwerken. Soweit ich weiß, ist das Land Nordrhein-Westfalen dieser Rahmenempfehlung beigetreten bzw. hat sie mit verabschiedet. Ich frage Sie auf dieser Grundlage, warum hat die Landesregierung die Genehmigung zur Inbetriebnahme des THTR in Hamm erteilt, ohne daß die Kernkraftwerksfernüberwachung installiert und funktionsfähig gewesen ist?

Präsident Denzer: Herr Minister!

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Die Fernüberwachung ist im Aufbau. Sie kann in Kürze in Betrieb genommen werden. Wir konnten die Entscheidung seinerzeit - 1985 - nicht von dem Abschließen des Aufbaues abhängig machen.

(Zuruf von der CDU: Warum denn nicht?)

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. - Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Dr. Linssen von der Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Linssen (CDU): Herr Minister, Sie haben in Ihrer ersten Einlassung versucht, den Unterschied zwischen einer "Abgabe" und einer "Freisetzung" zu machen: das eine sei meldepflichtig und das andere nicht.

(B) Da der Betreiber aber auch ein nach seiner Ansicht nicht meldepflichtiges Ereignis gemeldet hat, ist er seiner Verantwortung voll nachgekommen.

Da Sie am 7. Mai 1986 angeblich eine Untersuchung angeordnet haben, obwohl Sie erklärt haben, erst am 30. Mai informiert worden zu sein, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie erstens diesen Widerspruch aufklärten und zweitens dem Hause erläuterten, ob nicht vielleicht doch ein "Störfall" in Ihrem Ministerium vorliegen könnte.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort!

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Herr Kollege Linssen, ich darf wiederholen: Eine Abgabe auf dem vorgesehenen Weg ins Freie ist nur dann meldepflichtig, wenn sie Grenzwerte überschreitet. Der Betreiber hat dazutun versucht, daß Grenzwerte nicht überschritten sind. Diese Frage wird gegenwärtig geprüft. Die Untersuchungskommission ist dabei, das aufzuhellen. - Das ist der eine Aspekt.

(C) Der andere Aspekt, Herr Kollege Linssen, ist der, daß ein meldepflichtiges Ereignis, unabhängig davon, in welchem Umfang Radioaktivität freigegeben wird, ob innerhalb, unterhalb oder oberhalb des Grenzwertes, immer vorliegt, wenn Radioaktivität auf nicht vorherbestimmten Wegen ins Freie gelangt ist. Der Betreiber ist in der Tat wohl noch bis vor zehn Tagen davon ausgegangen - er hat meinen Fachbeamten so informiert -, daß die Freisetzung nicht irgendwie, sondern auf dem vorgesehenen Weg ins Freie gelangt sei.

Der Bericht des Betreibers vom 3. Juni dieses Jahres weist unzweideutig aus, daß ein Teil der Freigabe über weite Strecken auf dem vorgesehenen Weg, aber ein entscheidender Teil in der Beschickungsstelle selbst auf unvorhergesehenem Weg erfolgt ist. Das steht jetzt in dem Bericht. Trotzdem hält der Betreiber an dem Stichwort "Abgabe" fest und spricht nicht von "Freisetzung", was ich ganz und gar unverständlich finde. Deshalb muß die Untersuchungskommission arbeiten, und insofern habe ich an den Handlungen meines Fachbeamten keinerlei Kritik zu üben.

(Frau Abg. Thoben (CDU): Wirklich nicht?)

- Nein!

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister! - Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Evertz von der Fraktion der CDU das Wort.

(D) Evertz (CDU): Herr Minister, wenn der Ablauf so gewesen ist, wie Sie es dargestellt haben: Wie kommt die von Ihnen eingesetzte Untersuchungskommission dazu, bereits am 31. Mai 1986 dem Betreiber mitzuteilen, daß er der Meldepflicht voll genügt hat?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Es kann keine Rede davon sein, daß am 31. Mai 1986 eine solche Mitteilung gemacht worden ist.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister! - Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Schultz-Tornau von der Fraktion der F.D.P.

Schultz-Tornau (F.D.P.): Herr Minister, Sie haben mit Recht von einer sensibilisierten Öffentlichkeit gesprochen; man hätte wohl auch von Angst in der Bevölkerung sprechen können. Das bedeutet im Grunde das gleiche. Meinen Sie nicht, daß gerade in einer solchen

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) Situation der verantwortliche Minister gut daran getan hätte, vor öffentlichen pauschalen Bewertungen zu sagen: ich setze eine Untersuchungskommission ein, die den Vorgang sorgfältig prüft, und ich behalte mir die Bewertungen des Vorgangs vor, bis die Ergebnisse dieser Untersuchungskommission vorliegen, und gebe nicht vorher schon Bewertungen ab?

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Präsident Denzer: Herr Minister!

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Verehrter Herr Kollege, das war an dem Freitagabend deshalb nicht möglich, weil der Betreiber selber mit detaillierten Angaben kam, die weitere Diskrepanzen zwischen den Informationen, die vorher gegeben worden waren, und dem Sachverhalt, der dann dargetan wurde, offenlegten. In dieser Situation kann man nicht eine Untersuchungskommission einsetzen, und nicht gleichzeitig eine informationspolitische Vorgehensweise werten.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister! - Für die F.D.P. hat Herr Abg. Kuhl das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage.

- (B) Kuhl (F.D.P.): Herr Minister, da Sie hier sehr zutreffend davon gesprochen haben, daß die Bevölkerung sehr sensibilisiert ist und daß es entscheidend darauf ankommt, welche Informationspolitik auch von Ihrer Seite aus betrieben wird, darf ich Sie fragen: Sind Sie bereit, dem Landtag und auch der Öffentlichkeit einmal die Katastrophenschutzpläne der entsprechenden Kreise und des Landes sowie außerdem die Dienstvorschrift für die Rufbereitschaft über den Strahlenschutz in kern-technischen Anlagen, die in Ihrem Hause existiert, zugänglich zu machen?

Präsident Denzer: Herr Kollege, auf diese Zusatzfrage wird wegen der Zuständigkeit der Herr Innenminister antworten müssen. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Minister Dr. Schnoor.

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Kollege, für Kernkraftwerke wie auch für andere gefährliche Anlagen gibt es Sonderschutzpläne, die aufgrund von Rahmenempfehlungen, durch die Innenministerkonferenz einvernehmlich erarbeitet, erlassen worden sind. Diese Sonderschutzpläne liegen öffentlich aus und können von jedem eingesehen werden. Es handelt sich also nicht um irgendwelche Papiere, die in geschlossenen Schreibtischen liegen. Sie werden zur Zeit übrigens überprüft.

Präsident Denzer: Zu einer zweiten und letzten Zusatzfrage erteile ich Frau Kollegin Thoben von der Fraktion der CDU das Wort.

Frau Thoben (CDU): Herr Minister, Sie haben soeben auf meine erste Frage geantwortet, daß sowohl Sie wie auch die Betreibergesellschaft zu bestimmten Zeitpunkten in gutem Glauben eine Bewertung des Vorgangs vorgenommen haben. Halten Sie angesichts dieser übereinstimmenden Bewertung Ihren Hinweis, es sei ein unheimlicher Versuch der Vertuschung, oder die Einlassung des Herrn Heinemann - "unheimliche Sauerei" - für angemessen?

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Frau Kollegin Thoben, Sie müssen hier unterscheiden, wer guten Glaubens was erklärt hat. Ich habe Erklärungen nur auf der Grundlage dessen abgeben können, was die von uns bestimmten Sachverständigen, nämlich der TÜV, und was die von meinen Aufsichtsbeamten hergestellten Kontakte mit dem Kernkraftwerk in Hamm-Uentrop ergeben haben. Ich habe mich darauf verlassen, daß die Informationen stimmen.

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

- Ja, natürlich! Ich wollte nur sagen: Als das alles an das Licht der Öffentlichkeit kam, fühle ich mich - so muß ich formulieren - schon hintergangen.

(Erneuter Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

- Aber selbstverständlich, nämlich nachdem die Fragen bohrend gestellt worden sind, und zwar immer wieder gestellt worden sind - ich kann mir nicht vorstellen, daß die F.D.P.-Fraktion beispielsweise bei dem Besuch in Hamm-Schmehausen nicht auch diese Frage gestellt hat -

(Aigner (SPD): Die haben sich Fragen aufschreiben lassen!)

keinerlei Hinweis darauf!

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. - Bevor ich weitere Zusatzfragen zulasse, möchte ich wegen verschiedener Fragen, ob man bei den Worterteilungen vergessen worden sei, darauf hinweisen, daß mir noch zehn Wortmeldungen vorliegen. Also, ich habe niemanden vergessen.

(Präsident Denzer)

(A) Ich möchte aber ganz gern, daß auch der Teil von Zusatzfragen zur Dringlichen Anfrage 80 des Herrn Abg. Wendzinski möglicherweise noch in der Fragestunde heute morgen beantwortet werden kann. Ich bitte, das ein wenig im Blick zu haben.

Lassen Sie mich eine Wertung damit verbinden: An einigen Stellen habe ich den Eindruck, daß wiederholt dasselbe gefragt wird. Ich bitte, dies auch zu berücksichtigen.

Zu seiner zweiten und letzten Zusatzfrage erteile ich nunmehr Herrn Kollegen von Unger von der Fraktion der CDU das Wort.

von Unger (CDU): Sie haben, Herr Minister, in Ihrer Erklärung vom 30. Mai 1986 den Ausdruck "unglaublicher Vorgang der Vertuschung" gebraucht. Ich frage: Hatten Sie vor dieser Äußerung Kontakt mit dem Betreiber aufgenommen?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Nein; das war nach Lage der Umstände auch gar nicht möglich.

(Lachen bei der CDU - Abg. Evertz (CDU): Das wird ja immer schlimmer!)

Herr von Unger, das war gar nicht möglich nach Lage der Dinge.

(B)

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich bitte Sie: In welcher Welt leben wir denn, wenn der Betreiber selber mit seiner Version ständig ans Netz geht?

(Dr. Biedenkopf (CDU): Das ist ja unfaßbar!)

Präsident Denzer: Danke schön! Zu einer zweiten und letzten Zusatzfrage erteile ich Herrn Abg. Schumacher von der Fraktion der CDU das Wort.

Schumacher (Kall) (CDU): Herr Minister! Gerade unter dem Eindruck der Antwort, die Sie zuletzt gegeben haben, nämlich, vor Ihrer Erklärung vom 30. Mai, keinen Kontakt zum Betreiber aufgenommen zu haben, frage ich Sie: Wie erklären Sie denn den zeitlichen Abstand zwischen dem 20. Mai 1986, an dem eine abschließende Bewertung dieses Betriebsvorfalls unter Beteiligung Ihres Hauses stattgefunden hat, und Ihrer Presseverlautbarung vom 30. Mai 1986?

(Zuruf von der SPD: Das ist eben schon erklärt worden!)

Präsident Denzer: Herr Minister, versuchen Sie noch einmal, dies in Erinnerung zu rufen. Sie haben das schon erklärt.

(C)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich habe eingangs erklärt, daß die abschließende Bewertung seitens des Betreibers und Herstellers erst seit dem 3. Juni vorzuliegen scheint und daß der Prozeß - ich sage es einmal so - der Rekonstruktion dieses Störfalls eine gewisse Zeit gebraucht hat.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister! Zur zweiten und letzten Zusatzfrage hat Herr Abg. Dr. Schaumann von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Minister, ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß man bei dieser Problemlage außerordentlich sensibel reagieren muß. Das gilt natürlich auch für Ihre Antworten, die Sie hier im Plenum geben. Daher bin ich der Auffassung: Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Ich stelle deshalb die zweite: Warum konnten die im Haushaltsplan 1986 für die Kernkraftwerks-Fernüberwachung veranschlagten Mittel nicht früher, in den vergangenen Jahren, in den Landeshaushalt eingestellt werden? Denn dann hätten Sie ja - erlauben Sie bitte diesen Nachsatz - die Möglichkeit gehabt, unabhängig vom Betreiber Meßdaten zu bekommen und für die Sicherheit einzustehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Büssow (SPD): Das erhöht die Staatsquote!)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich kann hier nur festhalten: Die Fernüberwachung ist fast fertiggestellt und wird in Kürze in Betrieb gehen.

(Dorn (F.D.P.): Beantworten Sie doch einmal die Frage!)

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich Herrn Abg. Kuschke von der Fraktion der SPD das Wort.

Kuschke (SPD): Herr Minister, Ihren Ausführungen habe ich entnommen, daß Sie erst auf der Grundlage des Berichts der Untersuchungskommission zu dem Ergebnis haben kommen können, daß eine Fehlsteuerung des Beschickungssystems vorgelegen hat, also

(D)

(Kuschke (SPD))

- (A) eines ganz entscheidenden Bereichs einer Atomreaktoranlage. Weltweit ist es in den vergangenen Jahren gerade aufgrund von Mängeln in diesem Bereich der Atomanlagen zu Unfällen gekommen.

Meine Frage: Ist mein Eindruck richtig, daß Sie zu dieser Erkenntnis in den vergangenen Wochen nicht durch Auskünfte der Betreiberfirma gekommen sind, sondern erst durch die Ergebnisse der von Ihnen eingesetzten Untersuchungskommission, und daß auch heute noch - im Gegensatz zu der Herstellerfirma - der Betreiber nicht bereit ist, diese Fehlstellung der Beschickungsanlage als einen ganz gravierenden Störfall anzusehen?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Das letzte habe ich eben schon ausgeführt, daß da nämlich unverändert eine Differenz besteht: Freisetzung oder Abgabe? Für mich ist es unzweifelhaft, daß es sich um eine Freisetzung gehandelt hat, weil ein Teil des Weges nicht dafür vorgesehen war und im übrigen die Anlage solche Art Emissionen überhaupt gar nicht aufzeigen durfte und deshalb ja die Anlage auch umgebaut werden muß, was die Beschickung selbst angeht.

- (B) Das andere ist der Vorgang, den ich hier nur zu konstatieren habe: daß der Bericht des Betreibers, der mir am 30. Mai vorlag, so sehr im Widerspruch zu den vorher gegebenen Erklärungen stand, daß ich das vorhin als diffus bezeichnet hatte und daß es, als dann noch die Erklärungen des Betreibers selber über die Medien Rundfunk und Fernsehen am Freitagnachmittag in dichter Folge kamen, völlig unvermeidbar war, dazu im atomrechtlichen Aufsichtsverfahren einen Schritt zu tun. Den habe ich mit der Einsetzung der Untersuchungskommission getan. Das mußte ich öffentlich bekanntgeben, und ich mußte dafür auch die Gründe nennen, weshalb eine Untersuchungskommission - das ist ja kein alltäglicher Schritt - hier tätig werden mußte. Ich glaube, die Gründe dafür habe ich überzeugend dargelegt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. Für die Fraktion der F.D.P. hat Herr Abg. Ruppert das Wort.

Ruppert (F.D.P.): Herr Minister, wenn ich richtig informiert bin, gibt es in Ihrem Hause eine Dienstvorschrift, die die Rufbereitschaft für den Strahlenschutz kerntechnischer Anlagen regelt. Halten Sie es unter diesen Umständen für denkbar, daß die Angabe des Betreibers zutrifft, daß er am 7. Mai in Ihrem Hause die zuständige Behörde nicht erreichen konnte?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort. (C)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Also wissen Sie, für Kommunikationen zwischen einem Kraftwerk und dem Ministerium gibt es Wege, die sind eindeutig - -

(Lachen bei der CDU)

- Ja, sicher, die Beamten sind mit einem "Euro-Piepser" ausgerüstet. Sie können jederzeit über diesen "Euro-Piepser" erreicht werden. Im Falle einer Freisetzung muß auch eine Sofortmeldung erfolgen; da sind ja unverzügliche Meldewege, mündlich und schriftlich, vorgeschrieben.

Ich darf hier sagen: Am 7., 8. und 9. Mai - ich habe das Stichwort von der sensibilisierten Öffentlichkeit hier schon gebracht - haben wir ein Bürgertelefon betrieben, das sehr stark in Anspruch genommen worden ist. Wir haben streckenweise bis zu 10 000 Anrufer gleichzeitig gehabt. Nächte hindurch haben die 30 Apparate keine Sekunde stillgestanden.

Wenn also der Betreiber das wirklich für einen dringend mitteilungsbedürftigen Sachverhalt gehalten hat, hätten ihm genügend Wege offengestanden, wie sie in der Anordnung, die Sie zitieren, angelegt sind, um diese Meldung überzubringen. Deshalb kann ich hier überhaupt nicht verstehen, daß das vorgebracht wird. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke dem Herrn Minister. Zu seiner zweiten und letzten Zusatzfrage hat Herr Abg. Linssen von der Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Linssen (CDU): Ich habe eine Frage an den Herrn Ministerpräsidenten. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich einen kleinen Sachverhalt vorausschicken.

(Widerspruch bei der SPD)

- Dann stelle ich das in einem langen Satz zur Frage: Da wir einen exakt vergleichbaren Fall bei dem Brand auf dem Reaktordach in Kalkar gehabt haben, wo auch am gleichen Abend nach drei Stunden der Beamte nicht zu erreichen war - -

(Zahlreiche Zurufe von der SPD)

Präsident Denzer: Herr Kollege, ein kurzer Sachverhalt zur Einführung in die Frage ist gestattet, aber keine Gegenvorstellung. Beschränken Sie sich auf dies und dann auf die Frage.

- (A) Dr. Linssen (CDU): Da in dem Fall Kalkar seinerzeit ebenfalls das Ministerium nach Aussage des leitenden Beamten Dreyhaupt voll informiert war und trotzdem später der seinerzeitige Minister Farthmann von einer katastrophalen Informationspolitik sprach, frage ich Sie, Herr Ministerpräsident, ob Betreiber ähnlicher Anlagen - ich denke da auch an Chemiewerke - in Zukunft immer damit zu rechnen haben, daß sich Landesminister dieser Regierung mit einer die Panik vergrößernden Informationsarbeit an die Öffentlichkeit wenden, wenn Grüne oder Öko-Institute sie endlich wachgerüttelt haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Dr. Rau, Ministerpräsident: Ich kann die Wertungen, die Sie in Ihre Anfrage einpacken, nicht teilen, Herr Kollege. Richtig ist, daß in den Maitagen die Befastung unserer Telefonsysteme so stark war, wie wir das vorher nie gehabt haben. Ich glaube freilich, daß Betreiber von Kraftwerken, auch von Chemieunternehmen, überhaupt von relevanten Unternehmen dann andere Möglichkeiten suchen und wahrnehmen müssen.

(Dr. Linssen (CDU): Das haben sie ja getan!)

um die Sachverhalte den zuständigen Ministern zur Kenntnis zu bringen. Was da zu verbessern ist, werden wir verbessern. Ich habe auch aus dem gelernt, was in solchen Fällen nötig ist.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Ministerpräsident! Wir kommen dann zur nächsten Zusatzfrage. Das Wort hat Herr Kollege Dr. Worms von der Fraktion der CDU.

Dr. Worms (CDU): Herr Minister, ich frage Sie als Chef der Atomrechtlichen Genehmigungsbehörde: Sind Sie bereit, die Vorgänge, aufgrund deren Sie sich hintergangen fühlten, gegenüber dem Hohen Hause zu präzisieren?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Das Zentrum, Herr Worms, ist, daß vom Betreiber immer - unter verschiedenen Daten - ein abschließender Bericht vorgelegt wurde, der nicht abschließend war, und das muß anders werden. Da müssen die Informationen schneller fließen, und da muß dann auch ein klares, offenes Wort gesagt werden, und das ist hier der entscheidende Punkt, der verbesserungsbedürftig ist.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister! Das Wort hat zu einer dritten und letzten Zusatzfrage der Fragesteller, Herr Abg. Dr. Rohde von der Fraktion der F.D.P. Bitte, Herr Kollege! (C)

Dr. Rohde (F.D.P.): Wegen der Verantwortung, die Sie, Herr Ministerpräsident, für dieses Land, insbesondere für seine Hochtechnologien tragen, frage ich Sie: Sind Sie nicht der Meinung, daß durch die unseriöse Informationspolitik des Wirtschaftsministers,

(Widerspruch bei der SPD)

insbesondere seine Schnellschüsse aus der Hüfte; die beste Reaktorlinie, die wir nicht nur hier in Nordrhein-Westfalen, sondern für die Bundesrepublik anbieten können, unnötigerweise diffamiert worden ist?

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Dr. Rau, Ministerpräsident: Ich bin dieser Meinung nicht, Herr Kollege Rohde,

(Beifall bei der SPD)

sondern ich bin der Überzeugung, daß dann, wenn der Hochtemperaturreaktor die sicherste Kernreaktorlinie ist - und davon bin ich nach meinem bisherigen Erkenntnisstand überzeugt, was nicht heißt, daß es nicht bei jeder Reaktorlinie Restrisiken gibt -, wir alle miteinander alles tun müssen, damit keinesfalls der Eindruck entsteht, es würde irgend etwas Öffentlichkeitsrelevantes verdeckt, vertuscht, zurückgehalten. (C)

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Panikmache!)

- Nein, keine Panik machen! Ich bin gegen jede Panikmache.

(Zahlreiche Zurufe von der CDU: Was sagen Sie denn zu der "Sauerei"?)

- Ich weiß nicht, warum Sie mir, wenn Sie mich etwas fragen, keine Gelegenheit geben zu antworten!

(Beifall bei der SPD)

Ich bin der Auffassung, daß wir alles tun müssen, damit ein solcher Eindruck nicht entstehen kann.

Wir werden das, was hier Gegenstand der Erörterung ist, weiter zu prüfen haben. Ich

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) will in der Regierungserklärung sagen, daß ich dem Parlament über die Ergebnisse berichten möchte, und ich denke, dann sehen wir alle miteinander, welche Schritte wir in Zukunft gehen müssen, damit wir weder der Beschwichtigung das Wort reden noch Panikmache möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich Herrn Prof. Dr. Biedenkopf das Wort.

Dr. Biedenkopf (CDU): Herr Minister, können Sie, nachdem Sie vorhin gesagt haben, die Meßergebnisse, die man als Folge des Austritts oder der Freisetzung festgestellt habe, lägen vor, dem Hohen Hause mitteilen, ob die Menge, die tatsächlich freigesetzt bzw. abgegeben worden ist, in irgendeiner Weise geeignet war, direkte oder indirekte gesundheitliche Schäden hervorzurufen?

(Beifall bei der CDU - Lachen und Zurufe von der SPD)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Unabhängig davon, daß jede Strahlenfreisetzung eine Belastung darstellt, kann ich hier bestätigen, daß die Meßergebnisse,

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

- (B) die der Betreiber vorgelegt hat, bisher die Einhaltung der Grenzwerte zu bestätigen scheinen. Wir überprüfen dies, und ich kann ihnen sagen, daß, was den Tageshöchstwert angeht, die Prüfungen hier noch nicht vollständig abgeschlossen sind.

(Zurufe von der CDU)

Es handelt sich dabei ja um zulässige Grenzwerte, die in dem atomrechtlichen Genehmigungsbescheid festgelegt sind und die, was die Größenordnungen angeht - ich darf das hier gerne sagen - weit die Werte unterschreiten, die bei Leichtwasserreaktoren etwa zulässig sind; der Wert liegt unter einem Zwanzigstel.

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer weiteren Zusatzfrage Herr Prof. Dr. Biedenkopf!

Dr. Biedenkopf (CDU): Herr Ministerpräsident, da Sie sich vorhin selber schon zu dieser Frage geäußert haben: Sind Sie der Auffassung, daß die Abgabe öffentlicher Erklärungen auch des Inhalts, wie ihn die Mitglieder ihres Kabinetts, der Wirtschaftsminister und der Arbeitsminister, an dem

fraglichen Freitag für erforderlich gehalten haben, ohne jede vorherige Konsultation des Betreibers, auch in bezug auf die in den Erklärungen enthaltenen Bewertungen, den Maßstäben entspricht, die Sie uns gerade im Hinblick auf den sensiblen Charakter des Gegenstands einzuhalten empfehlen?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Biedenkopf, bei der Antwort auf diese Frage ist zu berücksichtigen, daß der Sachverhalt, aufgebracht durch Meldungen von Dritten, schon zu öffentlichen Erörterungen und Stellungnahmen des Betreibers geführt hatte - an diesem 30. Mai -, zu denen dann die beiden Kabinettskollegen Stellung genommen haben. Ich denke, daß man die Bewertung dessen, was die Kabinettskollegen gesagt haben, nicht vornehmen kann, ohne zu berücksichtigen, was die Betreiber - abweichend von den vorliegenden Kenntnissen der Behörde - am selben Tage öffentlich beschwichtigend erklärt haben.

(Zustimmung bei der SPD - Hardt (CDU): Eine große Sauerei! - Weitere Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage Frau Abg. Witteler-Koch!

(Hardt (CDU): Das ist doch wohl das letzte! - von Unger (CDU): Das soll eine Beschwichtigung sein! - Weitere Zurufe von der CDU)

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Minister, nach dem, was Herr Ministerpräsident Rau äußerte und was Sie verschiedentlich gesagt haben, muß ich nun doch annehmen, daß zu Lasten der Bevölkerung eine Art Panikmache vorhanden ist. Denn es kann der Bevölkerung doch eigentlich völlig gleichgültig sein, ob es sich hier um eine meldepflichtige Freisetzung oder um

(Lachen und Zurufe von der SPD)

eine meldepflichtige Abgabe handelt. Interessant ist doch, wenn Sie erklären, es läge keine Gesundheitsgefährdung vor, warum Sie dann stillgelegt haben und warum der Bericht Ihres Ministeriums noch immer nicht - nach vier Wochen! - vorliegt.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe - Unruhe)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Vielleicht ist

(C)

(C)

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) Ihnen entgangen, daß die Kommission seit letzten Freitag arbeitet; es sind also nicht vier Wochen.

(Hardt (CDU): Eben, eben! - Weitere lebhaft Zuerufe von der CDU)

Wenn der Betreiber in den Tagen nach dem 3./4. Mai stets und ständig nur informiert, daß nichts, aber auch gar nichts vorläge, was auffällig, was ein besonderes Vorkommnis sei, und sich dann - am 30. Mai - durch eine zusätzliche Information des Betreibers selber herausstellt, daß der Vorgang technisch ein anderer gewesen ist, und wenn sich jetzt am 3. Juni bestätigt, daß hier unbeabsichtigt Freisetzung erfolgt sind, die in jedem Falle meldepflichtig sind, dann muß dies die Aufsichtsbehörde zu einer Reaktion führen,

(Zuerufe und Lachen von der CDU)

gerade aufgrund der Berichte. In einer solchen Situation hilft auch ein telefonischer Kontakt dann nichts mehr.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Reichel zu einer Zusatzfrage.

(Hardt (CDU): Über den Störfall ist doch am 8. Mai informiert worden! - Weitere Zuerufe von der CDU - Gegenrufe)

- (B) Reichel (F.D.P.): Herr Minister, können Sie uns, da Sie uns auf zwei Fragen hin nicht erklären konnten, warum nicht schon bei Inbetriebnahme des THTR eine Fernüberwachung installiert wurde, sagen, welche Schwierigkeiten bei der Information der Aufsichtsbehörde vermeidbar gewesen wären, wenn diese Fernüberwachung von Anfang an installiert gewesen wäre?

(Beifall bei der F.D.P.)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich darf hier zunächst sagen: Die Fernüberwachung ist keine atomrechtliche Genehmigungsvoraussetzung. Die Mittel sind in den Haushalten der vergangenen Jahren eingestellt gewesen; aber wir wollten mit dem Fernüberwachungssystem Würgassen erst die notwendigen Erfahrungen sammeln, um sie beim Aufbau für den THTR voll berücksichtigen zu können; dabei sind wir jetzt.

Auf der anderen Seite füge ich ein: Auch ein Fernüberwachungssystem löst nicht die Probleme der Kommunikation mit den Betreibern.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Paus von der Fraktion der CDU das Wort. Bitte sehr!

Paus (CDU): Herr Minister, Sie haben die Frage des Kollegen von Unger nicht konkret beantwortet. Er hatte Sie gefragt, ob die konkrete Vermutung, daß die radioaktive Wolke absichtlich abgeblasen wurde, von Ihnen stammt.

Ich frage Sie, auch vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Sie hier von großer Sensibilisierung der Öffentlichkeit gesprochen haben: Stammt diese konkrete Vermutung von Ihnen? Oder hat der Redakteur der Westfälischen Rundschau in dem Zeitungsbericht vom 3. Juni eine Falschmeldung verbreitet?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Herr Kollege Paus, das ist eine Falschmeldung. Wenn Sie nachlesen, was ich im Deutschlandfunk-Interview gesagt habe, wird vollständig klar, daß alle diese Vermutungen und Behauptungen von außen herangetragen sind, nicht wie sie geäußert haben, sie aber in die Untersuchung einbeziehen müssen, wenn sie denn einen Zweck verfolgen soll.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich rufe nun zu einer weiteren Zusatzfrage Herrn Abg. Kuhl auf.

Kuhl (F.D.P.): Herr Minister, da Ihre Informationspolitik gegenüber den Fragen meiner Kollegen Schumann und Reichel nun wirklich nicht berauschend gewesen ist, will ich noch einmal ganz konkret nachfragen: Wie wäre die Information der Aufsichtsbehörde erfolgt, wenn die Fernüberwachung von Kernkraftwerken bereits in Funktion gewesen wäre? Ich möchte Sie bitten, doch jetzt einmal ganz konkret zu antworten.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Wir hätten dann Meßergebnisse vorliegen, deren Ausdruck Gelegenheit gäbe, konkrete Fragen zu stellen. Diese Meßergebnisse sind uns jetzt erst später vorgestellt worden, und sie enthalten natürlich immer Interpretationselemente. Das ist genau eine Frage, die hier aufgeklärt werden muß: ob nämlich die Meßgeräte richtig kalibriert sind, ob die Meßgeräte richtig instrumentiert sind und ob alle dazu nötigen Schritte erfolgt sind.

Das können Sie mit einer Fernüberwachung auch nicht aufklären, sondern nur, indem die atomrechtliche Aufsicht und der Betreiber im

(C)

(D)

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) vollen Informationsfluß auch über die Tatsache, daß bestimmte Dinge noch nicht aufgeklärt sind, offen miteinander reden.

Ich habe ja kritisiert - und dazu stehe ich - die scheinweise Information auf der Betreiberseite; die letzte Scheibe ist jetzt am 3. Juni auf den Tisch gelegt worden, woraus sich ergibt, wie die Betriebsstörung aussah und wie sie jetzt von seiten des Betreibers erklärt wird.

Da ist vorher immer Entwarnung gegeben und gesagt worden, es sei gar nichts daran. Es stellt sich heraus, daß es schon ein Vorgang ist, den ich nur als gravierend bezeichnen kann, der aufgearbeitet werden muß. Er muß in der Zukunft abgestellt werden, und daran arbeiten wir. Da müßte ja jeder an der Sachverhärklärung höchstes Interesse haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Kollegen zu einer Zusatzfrage aufrufe, möchte ich Sie davon unterrichten, daß zur Zeit zwölf Abgeordnete aus Parlamenten von zehn Bundesstaaten der Vereinigten Staaten von Amerika als Gäste bei uns weilen. Ich heiße die Damen und Herren in unserem Hause herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall - Die amerikanischen Gäste winken von der Zuschauertribüne.)

- (B) Sie haben dem Beifall entnommen, daß Sie hier mit einem sehr herzlichen Gruß empfangen werden.

(Erneut allgemeiner Beifall)

Ich erteile nunmehr Herrn Kollegen Westermann zu einer Zusatzfrage das Wort.

Westermann (SPD): Herr Minister, da Herr Kollege Prof. Biedenkopf gerade schon angefangen hat, das, was die Schadensereignisse betrifft, zu relativieren, darf ich Sie doch - nach der Heftigkeit der Diskussion, die geführt worden und wo der Eindruck entstanden ist, als wäre die temporäre Abschaltung ein sehr gravierender Vorgang - jetzt fragen: Hat denn die temporäre Abschaltung dieses Reaktors erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen bzw. wird der Strom, der im Augenblick nicht produziert wird, an irgendeiner Stelle gebraucht?

(Lachen bei der CDU - von Unger (CDU): Er will Generaldirektor bei VEW werden.)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Wir sind in einem Probetrieb. Ich habe gestern abend eine Abwägungsentscheidung getroffen. Die Abwägung war, daß die Aufklärung der Sachverhalte durch die Untersuchungskommission vor dem wirtschaftlichen Interesse des Betreibers Vorrang haben muß.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Um eine weitere Zusatzfrage hat Herr Abg. Kniola gebeten. Ich erteile ihm das Wort.

(Dr. Linssen (CDU): Er ist im Moment nicht da.)

- Er ist zur Zeit nicht im Raum. Dann erteile ich zu einer Zusatzfrage Herrn Abg. Dr. Pohl das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Herr Minister, noch zum Sachverhalt! Am 4. Mai hat der Reaktor in Hamm-Uentrop Radioaktivität abgegeben. Ist Ihnen bekannt, daß das danebenstehende Kohlekraftwerk generell mehr Radioaktivität abgibt?

(Minister Dr. Jochimsen nickt. - Lachen bei der CDU)

- Das ist Ihnen bekannt.

Herr Minister, dann darf ich eine weitere Frage an Sie richten. Gilt jetzt für die Landesregierung folgender Grundsatz: Da tut einer mehr, als er muß, jedenfalls er tut, was er muß. Aber wenn es um Kernenergie geht, dann handelt er in jedem Falle falsch und ist dann zu verurteilen?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Herr Kollege Pohl, Sie sind hier wirklich auf dem Holzweg.

(Zustimmung bei der SPD)

Es geht darum, ob die Genehmigungsvoraussetzungen eingehalten sind oder nicht. Wir sind nach dem Atomgesetz gehalten, das Strahlenrisiko so gering wie möglich zu machen. Das ist geschehen. Da geht es um die Frage, ob das eingehalten ist oder nicht, und dieser Sachverhalt kann nicht mit anderen Ereignissen verglichen werden.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer weiteren Zusatzfrage geht das Wort an Herrn Abg. Radtke.

- (A) Radtke (SPD): Herr Minister, hat bei Ihren Gesprächen in den letzten zwei Tagen mit der Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH der Brief vom 12. Mai, Eilbrief an den Landtag Nordrhein-Westfalen, eine Rolle gespielt? Was haben die Betreiber zu der "bewußten Lüge gegenüber den Landtagsabgeordneten" gesagt, und wie können wir in Zukunft vor solchen Unwahrheiten geschützt werden?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Es kann nicht meine Aufgabe sein aufzuklären, weshalb ein Betreiber zu einem bestimmten Zeitpunkt einen bestimmten Brief schreibt. Aber ich kann hier sagen: Dieser Brief war den Gesprächspartnern, mit denen ich in den letzten Tagen geredet habe, nicht bekannt. Das wirft ja auch ein Licht darauf, wie die Informationspolitik gehandhabt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich Herrn Abg. Dr. Worms das Wort. - Hat sich erledigt. Frau Abg. Robels!

Frau Robels (CDU): Herr Minister, Sie haben sicherlich die Presse heute verfolgt und wissen, daß die "Prawda" und andere Zeitungen aus dem Umland

(Heiterkeit bei der SPD)

- (B) - aus anderen Ländern, Frankreich zum Beispiel - das Land Nordrhein-Westfalen inzwischen beschuldigen, unseren Störfall mit Tschernobyl vertuschen zu wollen. Wann und wie wollen Sie auf diese ungeheuren Beschuldigungen reagieren?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Frau Kollegin Robels, ich bin für die Sicherheit der kerntechnischen Anlagen im Lande Nordrhein-Westfalen verantwortlich. Dieser Verantwortung möchte ich gerecht werden, und ich appelliere an alle Betreiber, Hersteller und an alle Mitarbeiter, mir dabei zu helfen. Die Frage, was die "Prawda" schreibt oder nicht schreibt, kann nicht Gegenstand meiner Tätigkeit sein. Es ist abwegig hier einen solchen Zusammenhang zu konstruieren.

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Wendzinski das Wort zu einer Zusatzfrage. - Ich darf Sie, Herr Kollege, darauf aufmerksam machen, daß im übrigen die Zahl der Wortmeldungen zur Dringlichen Anfrage des Herrn Kollegen Dr. Rohde damit erschöpft ist. Sie sind der letzte, nehme ich an. Bitte schön!

(Wendzinski (SPD): Herr Präsident, dann gehe ich zu der nächsten Dringlichen Anfrage über.)

- (C) - Kann ich das Einverständnis des Hauses feststellen, daß wir uns damit der Beantwortung der Dringlichen Anfrage des Herrn Kollegen Wendzinski zuwenden?

(Zustimmung)

Sie haben das Wort; bitte schön!

Wendzinski (SPD): Herr Minister, da zu dem Betrieb des THTR auch die Nebenanlagen für die Zuführung und Abführung der entsprechenden Graphitelemente gehören, frage ich Sie, ob sich die in dem Schreiben vom 12. Mai erwähnte amtliche Überprüfung auch auf diese Nebenanlagen bezogen hat und diese Überprüfung der Nebenanlagen sozusagen in Unkenntnis des vorhergegangenen Störfalles geschah.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Was Sie im letzten Teil Ihrer Frage unterstellen, muß ich beim Betreiber jetzt als gegeben voraussetzen. Die Fragen, die wir gestellt haben, waren die Fragen, die in den Medien an uns gerichtet waren; aber sie waren nicht beschränkt. Wir haben nicht gefragt, ob ein Leck vorliegt oder ob ein Riß vorliegt, sondern wir haben auch gefragt, ob sonst etwas vorliegt, was zu einer Freisetzung führen könnte. Und dieser Teil der Antwort ist derjenige, mit dem ich mich im nachhinein nicht zufrieden geben kann.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Wendzinski zu einer Zusatzfrage!

Wendzinski (SPD): Herr Minister, gibt es bei den bisher aufgetretenen 21 Störungen des THTR im Versuchsstadium Störungen, die auch zu einer Filterbelastung geführt haben?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ja.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Wendzinski zu einer weiteren Zusatzfrage!

Wendzinski (SPD): Der Beamte, der am 8. und 20. Mai im Ministerium informiert worden ist, hatte aber aufgrund der bereits früher aufgetretenen Filterbelastung keinen Nachfragebedarf zu der neuen Störung?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Da sprechen Sie den Vorgang an, daß bei der Beschickungsanlage bestimmte Probleme aufgetreten waren und der TÜV darüber einen Auftrag hatte, ihn abzuarbeiten. Man hatte den Glauben, daß dies im Zusammenhang beantwortet werden könnte. Es stellte sich aber heraus, daß am 4. Mai ein bis dahin noch nicht dagewesener

(D)